



Scirocco
borderline-europe, Sizilien – Teil 7
Palermo, 01.07.2021



Scirocco - Teil 7

Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo im Zeitalter der Pandemie erscheint ab März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus. Scirocco ersetzt das Corona Update Italien.

Politische und soziale Situation

Die deutschen und italienischen Staatschef*innen [Angela Merkel](#) und [Mario Draghi](#) sind sich über die weitere **Externalisierung der Grenzen auf den afrikanischen Kontinent** einig: mithilfe von 8 Milliarden Euro aus dem Fonds für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit (Ndc) will die EU migrantische Bewegungen in Transit- und Herkunftsländer verlagern. So soll das Abkommen mit der Türkei erneuert werden, welches Migrationsbewegungen über die Balkanroute blockiert, und ähnliche Verträge mit Marokko, Tunesien und Libyen geschlossen werden. Weiterhin will die EU ihre Präsenz auf die Sahelzone, Mali, Äthiopien und Eritrea ausweiten. Mit diesen Plänen korrespondiert auch der [Entwurf des Abschlussdokuments](#) des EU-Gipfels zur Migration am 24. und 25. Juni 2021, sowie eine [Rede Draghis](#) vor dem Europäischen Rat. Dort betonte er, dass die Grenzen besser kontrolliert, die Dublin-Verordnung überwunden und die Verteilung von Migrant*innen europäisch organisiert werden müsse, um die Immigration nach Europa „ausgewogen, effizient und human“ zu gestalten. Bei der **Verteilung von Geflüchteten** ist nach wie vor keine Einigung in Sicht. Der Europäische Rat vertagte die Diskussion eines Verteilungsmechanismus auf [Herbst 2021](#) und damit auf einen Zeitpunkt nach voraussichtlich vermehrten Ankünften im Sommer.

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen [Filippo Grandi](#) entgegnete, dass die Anwendung des „türkischen Modells“ auf

Libyen inakzeptabel sei, da gerettete Menschen dort unter inhumanen Bedingungen in Haftzentren eingesperrt würden.

Die kirchlichen Einrichtungen [Comunità Sant'Egidio](#), die [Föderation der Evangelischen Kirchen](#), [Tavola Valdese](#) und [Cei-Caritas](#) haben gemeinsam die Evakuierung von rund 500 Migrant*innen organisiert, die über **humanitäre Korridore** aus Libyen nach Italien einreisen können. Innenministerin [Luciana Lamorgese](#) unterzeichnete diese Vereinbarung und sicherte den Verbänden die finanzielle Unterstützung für 300 Migrant*innen zu. Auch wenn das erfreuliche Nachrichten sind so ist die Zahl der Einreise über die wenigen organisierten humanitären Korridore nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Es muss eine europäische Lösung für die legale Einreise gefunden werden.

Fast sieben Monate nach der Änderung der **so genannten Sicherheitsdekrete des ehemaligen Innenministers Matteo Salvini** zeigt sich, dass diese in vielen Polizeistationen noch immer angewendet werden. Eine [Untersuchung von 16 Polizeipräsidien](#) gab Aufschluss über die „völlige Nichtanwendung“ des unter Lamorgese geänderten Migrationsgesetzes, sowie damit verbundene schwerwiegende Verfahrensfehler. Somit werden noch immer tausende Menschen von der legalen Aufnahme in Italien ausgeschlossen. Die Autor*innen der Studie erklären, dass diese eklatante Nichtanwendung eines Gesetzes den "strukturellen Widerstand des Staatsapparates entlarvt." „Illegale Praktiken, widersprüchliche Rundschreiben, nicht eingegangene oder nicht berücksichtigte Anträge, Nachfragen der Polizei nach Dokumenten, die nach den alten Erlassen erforderlich sind, die aber das aktuelle Gesetz nicht verlangt, vergessene Zusatzdoku-

mente, Unkenntnis der Änderungen: ein wirres Flickwerk, das das Gesetz eindeutig umgeht.“

Der **tragische Fall der 130 Toten vom 22. April** (wir berichteten [hier](#)) wurde nun von verschiedenen NGOs, Vereinen und Anwält*innen der [Staatsanwaltschaft in Rom](#) vorgelegt. Allen kontaktierten Behörden – und insbesondere der Seenotrettungsleitstelle (MRCC) in Rom – werden moralisches und rechtliches Versagen vorgeworfen. Zudem betont das Bündnis die „Fiktion“ der libyschen SAR-Zone. Dass Libyen für die Verwaltung einer eigenen SAR-Zone auf dem Mittelmeer absolut ungeeignet sei, wäre mehr als offensichtlich und habe zum Tod der 130 jungen Menschen beigetragen. [Aktuelle Fälle des Alarm Phones](#) zeigen, dass die staatlichen Seenotrettungsleitstellen nichts aus der Tragödie vom 22. April gelernt haben. Weiterhin laufen Seenotrufe immer wieder ins Leere.



Das Manifest von Palermo, Demo am 25.06.2021

Am letzten Juni-Wochenende fand die **Städtekonferenz „From the Sea to the Cities“** in [Palermo](#) statt, an der verschiedene NGOs und Bürgermeister*innen partizipierten. Die Teilnehmenden fordern ein zukünftiges EU-Migrationssystem, welches das individuelle Recht aus Asyl achtet, die Zivilgesellschaft einbindet und Städten die [freiwillige Aufnahme von Geflüchteten](#) ermöglicht. Aus der Konferenz geht auch das [Grundlagendokument](#) „33 Städte für einen sicheren Hafen“

hervor, ein Appell an die EU, legale Einwanderungswege zu schaffen und das Recht auf Schutz in den Mittelpunkt der europäischen Asyl- und Migrationspolitik zu stellen.

Zeitgleich zur Konferenz fand eine von über 60 Organisationen mitgetragenes Sit-In zum Manifesto von Palermo (wir [berichteten hier](#)) am Segelhafen von Palermo statt.

Rund um die Seenotrettung

Durch die **Abwesenheit ziviler Rettungsschiffe** spitzt sich die humanitäre Situation auf dem Mittelmeer weiter zu. Die Geo Barents (Ärzte ohne Grenzen) hat in verschiedenen Einsätzen [410 Menschen gerettet](#) und musste sieben Tage auf die Zuweisung eines sicheren Hafens warten, bis sie in Augusta (Sizilien) einlaufen durfte. Auch die Zahl der selbstständigen Ankünfte in Lampedusa steigt weiter.

Mitte Juni wurden [170 Geflüchtete](#) von dem Handelsschiff Vos Triton gerettet. Gegen ihren Willen wurden die Geretteten anschließend an die sog. libysche Küstenwache übergeben und **illegal nach Libyen zurückgeführt**. Das Aufklärungsflugzeug [Seabird](#) von Sea-Watch sowie das [Alarm Phone](#) beobachteten diese illegale Rückführung und alarmierten die Küstenwachen, leider erfolglos. Der [UNHCR](#) und die [IOM](#) verurteilten diesen Vorfall.

Nur wenige Tage später wurden weitere [20 Menschen](#) illegal nach Tripolis zurückgebracht. Das Aufklärungsflugzeug [Moonbird](#) von Sea-Watch beobachtete die Anwesenheit zweier italienischer Handelsschiffe, die auf das Eingreifen der sog. libyschen Küstenwache warteten und die Rettung nicht selbst durchführen durften. Sea-Watch [warnte](#) vor dem bevorstehenden **Pull-back** nach Libyen.

Eine gute Nachricht ist die [Aussetzung des Strafbefehls gegen den Kapitän Claus-Peter Reisch](#). Im September 2019 hatte Reisch die

"Eleonore", ein Schiff der Organisation Mission Lifeline, mit 100 Geretteten nach Pozzallo (Sizilien) gefahren, obwohl Salvini die Häfen für Seenotrettungsorganisationen gesperrt hatte. Das Gericht in Ragusa legte das Schiff fest und verhängte eine Strafe von 300.000 Euro für Reisch.

Situation der Geflüchteten

Dem italienischen Senator Gregorio De Falco wurde von der zuständigen Polizei der **Zutritt zum Hotspot Lampedusa verwehrt**. Alles deutet darauf hin, dass die gesundheitlichen Zustände innerhalb der völlig überbelegten Einrichtung so schlimm sind, dass die Inspektion des Senators verhindert werden sollte. Ursprünglich als administrative Einrichtung gedacht, erinnert der Hotspot in Lampedusa eher an ein geschlossenes Haftzentrum, das von Militärs bewacht wird. Journalist*innen wird die Berichterstattung über den Hotspot regelmäßig mit der Begründung einer „Militärzone“ verweigert – allerdings ist die Einrichtung dem Innenministerium und nicht dem Verteidigungsministerium unterstellt.



Landarbeiter in Cassibile, Foto: Silvia di Meo

Mithilfe einer **Amnestie** („Sanatoria“) soll arbeitenden Migrant*innen ohne Papiere seit letztem Jahr die Möglichkeit gegeben werden, ihren **Aufenthaltsstatus zu regulieren**. Illegalität und die damit verbundene Vulnerabilität für Ausbeutung sollen auf

diese Weise beendet werden. Das trifft besonders auf migrantische Arbeiter*innen im landwirtschaftlichen Sektor zu. Diese arbeiten laut der **Pyramide der landwirtschaftlichen Ausbeutung** unter den prekärsten Arbeitsbedingungen (über den Ausschluss illegalisierter Menschen von der Impfkampagne gegen Covid-19 berichteten wir [hier](#)). Die Initiative scheint allerdings nur wenig Effekt zu zeigen: Laut eines **Berichts der Kampagne Ero Straniero** wurden bisher nur 14% der Anträge geprüft. Lediglich 5% der Antragsstellenden erhielten eine Aufenthaltsgenehmigung. Grund für die niedrigen Zahlen seien u.a. die großen bürokratischen Hürden und Personalmangel der bearbeitenden Behörden. Die Arbeit auf den Feldern unter unmenschlichen Bedingungen fordert auch immer wieder Opfer. So starb der **Landarbeiter Camara Fantamadi** in der italienischen Provinz Brindisi nach den **Anstrengungen der Feldarbeit** unter extremer Hitze.

Aufgrund zunehmender Gewalt gegen Migrant*innen und Geflüchtete in libyschen Haftanstalten setzt die **Organisation Ärzte ohne Grenzen (MSF)** ihre dortige medizinisch-humanitäre Hilfe aus. MSF fordert das **dringende Ende der Gewalt** und die Verbesserung der Bedingungen für Menschen in diesen Zentren.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie in unserem Steiflicht Italien und unseren vorherigen Corona-Updates auf unserer [Homepage](#).

Kontakt

borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
mail@borderline-europe.de
jg@borderline-europe.de